



Weil sich Grüne, CDU und SPD „auf Augenhöhe“ sahen, verständigten sie sich darauf, dass jede der drei großen Ratsfraktionen einen Stellvertretenden Bürgermeister stellen darf. Michael Sacher, Gerhard Meyer und Renate Nick teilen sich nun die Aufgabe, den hauptamtlichen Bürgermeister Dirk Wigant bei repräsentativen Anlässen zu vertreten.

FOTOS PRIVAT

Schmidts Meineid hat für den Stadtrat bleibende Folgen

Unna. Meinolf Schmidt aus dem Stadtrat zu bekommen, ist trotz Täuschung bei der Kandidatur kaum möglich. Doch selbst wenn Schmidt sein Mandat niederlegen würde, blieben anhaltende Folgen seiner Wahl.

Von Sebastian Smulka

Ein einziger Mann kann das Gefüge der Politik in Unna entscheidend beeinflussen - auch das zeigt die umstrittene Wahl des Freien Wählers Meinolf Schmidt in Unnas Stadtrat.

Denn Schmidt, dessen Kandidatur aufgrund fingierter Belege zugelassen wurde, sei in gewisser Weise das Zünglein an der Waage gewesen, als es zum Beispiel um die Bildung und Besetzung von Fachausschüssen ging.

Das erklärt Schmidts früherer Listenpartner und heutiger Gegner Klaus Göldner von der FLU. Auch die Entscheidung für einen zusätzlichen Vertreter des Bürgermeisters sei unter ande-

rem durch Schmidt möglich geworden.

Die Behauptungen von Göldner überraschen. Zumindest logisch erscheinen sie schlüssig, wenn auch die Herleitung komplex erscheint. Grundlage für Göldners Einschätzung ist, dass sich Schmidt, der für die Freien Wähler als einziger Kandidat in den Rat eingezogen war, zeitweilig der Fraktion der CDU angeschlossen hatte.

Die CDU zog dadurch trotz eines etwas schwächeren Wahlergebnisses in der Fraktionsstärke mit SPD und Bündnisgrünen gleich. Sie alle hatten zunächst jeweils 13 Fraktionsmitglieder, als der Rat nach seiner Neuwahl 2020 seine Arbeit aufnahm. Das bedeutete

aber auch gleiche Zugriffsrechte bei der Besetzung von Fachausschüssen und der Wahl ihrer Vorsitzenden sowie bei der Bildung von fakultativen Gremien wie etwa Aufsichtsräten in der Kommunalwirtschaft.

Dritter Vize-Bürgermeister dank Meinolf Schmidt?

Und dass der vom Bürger direkt gewählte Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) nun drei statt zwei ehrenamtliche Stellvertreter hat, wurde nicht nur mit der Arbeitsbelastung dieses Ehrenamtes begründet, sondern auch damit, dass die drei Großfraktionen ja auf Augenhöhe seien. Michael Sacher, Gerhard Meyer und Renate Nick tragen die Last dieser Aufgaben jetzt gemeinsam.

Inzwischen hat sich das Zahlenverhältnis der Fraktionen im Rat verändert. Denn Schmidt ist aus der Ratsfraktion der CDU wieder ausgetreten. Sie hat seit-

dem nur zwölf Ratsmitglieder, ist also um eine Stimme schwächer als die Fraktionen von SPD und Bündnisgrünen, wenn man die Bürgermeisterstimme von Dirk Wigant nicht einbezieht.

Schmidts Austritt aus der CDU-Fraktion erfolgte im August des vergangenen Jahres - nur kurz nach Eingang des Strafbefehls für eine Anstiftung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherung in drei Fällen. Die Zusammensetzung der politischen Gremien beeinflusst dies aber vorerst nicht: Dass Ratsfraktionen im Laufe der Jahre durch Aus- oder Übertritte ihre Größe verändern, ist durchaus nicht unüblich. Im vormaligen Stadtrat der Jahre 2014 bis 2020 waren zum Schluss neun von 52 Mitgliedern keiner Fraktion mehr angeschlossen, was ein theoretisches Stimmgewicht von 17 Prozent bedeutete hätte.

Dennoch sah man von einer Wiederholung der Aus-

schussbildung ab, weil der Aufwand vergleichsweise hoch gewesen wäre. Die politischen Auswirkungen wären begrenzt gewesen, denn die wirklich gewichtigen Entscheidungen werden von den Fachausschüssen nur vorbereitet, aber dann vom Rat getroffen.

Öfter kritisiert wurde hingegen, dass der Rat nicht mehr den Willen des Wählers widerspiegeln, wenn Kandidaten, die über die Liste einer bestimmten Partei eigezogen waren, nun eine ganz andere Politik vertreten. Rechtlich allerdings ist auch dies nicht zu beanstanden.

Die Mitgliedschaft in einer Fraktion ist freiwillig und keine Voraussetzung dafür, sein Mandat zu behalten. Und selbst fraktionsangehörige Ratsmitglieder dürfen nach eigenem Gewissen gegen ihre Mitstreiter stimmen. Oft allerdings müssen sich sich danach in der Fraktionssitzung erklären.